

Werbetour für die Energiewende

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel diskutiert in Lüneburg mit Unternehmern und Landwirten

Von Carlo Eggeling

Lüneburg. Besser der Verbraucher zahlt etwas mehr für Energie, als dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen geraten. Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) warb am Sonnabend in Lüneburg für die Energiewende insgesamt, auch für die Reform des Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG) – und da vor allem für Ausnahmen, von denen die Industrie profitiert.

Der Vizekanzler war auf Einladung seiner sozialdemokratischen Parteifreunde, Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Landrat Manfred Nahrstedt, zu einem Wirtschaftsgespräch ins Hotel Bergström gekommen. Unter den rund 50 Gästen saßen Firmenchefs und Landwirte aus der Region, vor allem aber viele Lokalpolitiker.

Gabriel ordnete seine Perspektiven in große Zusammenhänge ein: Deutschland sei gut durch die Turbulenzen der vergangenen Jahre gesteuert. Das liege auch daran, dass Staat und Wirtschaft zu Zeiten der New Economy um das Jahr 2000 herum eben nicht nur auf vermeintliche Heilsbringer wie Finanzdienstleistungen, Internet und Telekommunikation gesetzt, sondern an der Industrieproduktion festgehalten hätten. Gerade der Mittelstand mit seinen Ideen und innovativen Herstellungsweisen prägte das Land. Während die industrielle Wertschöpfung in Deutschland



Zwei alte Bekannte: Der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge begrüßt als Gastgeber seinen Parteigenossen Sigmar Gabriel. Der Vizekanzler warb für die Energiewende und mischte nebenbei im Kommunal- und im Europawahlkampf mit. Foto: t&w

23 Prozent ausmache, lägen die Werte in Frankreich bei zehn und in Italien bei 15 Prozent – mit den bekannten Schwierigkeiten.

Der deutsche Weg bedeute aber auch, dass Branchen energieintensiv arbeiteten. In der Bundesrepublik lägen auf dem Strompreis rund 40 Prozent staatliche Belastungen, die es etwa in den USA nicht gebe. Auch in Nachbarländern bewegten sich Stromkosten auf hohem Niveau, Europa müsse also einen Weg finden, gegen die Konkurrenz zu bestehen.

Die Energiewende verursache Kosten und Probleme, auf wel-

che das Land reagieren müsse. Die EEG-Umlage habe zwar zur Folge, dass der Verbraucher stärker belastet werde. Doch aus Gabriels Sicht ist es eher hinzunehmen, dass der einzelne Haushalt, „zehn, zwanzig Euro im Jahr“ mehr zahlt, als dass „Hunderttausende Arbeitsplätze“ in Gefahr gerieten. Energieintensive Branchen wie Zement- und Stahlindustrie mit subventionierten Preisen zu entlasten, sei daher richtig. Doch von den 2000 Ausnahmen für Unternehmen könne wohl die Hälfte gestrichen werden; „Golfplätze und Hühnerzuchtanlagen stehen nicht im inter-

nationalen Wettbewerb.“

Gabriel sieht weitere Baustellen: Während in der Nordsee Offshore-Windanlagen gebaut würden, um Strom für Süddeutschland zu erzeugen, fehlten die Leitungen dazwischen. Bürgerinitiativen verzögerten oder stoppten Projekte. Selbstkritisch räumte er ein: „Die Komplexität der Energiewende ist unterschätzt worden.“ Das gelte auch für die Zuschusspolitik, die zu Absurditäten führe: An der Strombörse seien Preise gering, bezuschusst aus Mitteln durch das EEG-Gesetz. Moderne Gaskraftwerke gingen vom Netz, da sie nicht mehr wirt-

schaftlich seien. Gleichzeitig beziehe Deutschland Strom aus Atomkraftwerken in Tschechien und Frankreich. Es gelte also, das gesamte Thema auf neue Füße zu stellen.

Gabriel machte auf seine Zuhörer einen höchst kompetenten Eindruck: Er kennt sich aus bis ins Detail, bot direkte Hilfe an, nahm Argumente auf. An der Energiewende selber ließ er keinen Zweifel und auch nicht an einer anderen Ausrichtung der Förderpolitik. Regenerative Energien seien richtig, „aber wir brauchen ein Back up, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht“.